

NICHT GANZ 100!

Zu 100% schädlich für 100% der Schweiz

Am 26. September stimmen wir über die «99%-Initiative» der Jungsozialisten ab. Diese gefährliche Initiative fordert **neue Steuern** und will **noch mehr Umverteilung**. Die Teilbesteuerung der Dividenden würde abgeschafft, Kapitalgewinne würden sogar zu 150% steuerbar. Die Folge wären **massive Nachteile** für den Wirtschaftsstandort Schweiz und **höhere Steuern für alle**.



Fabio Regazzi, Nationalrat
Präsident Schweizerischer
Gewerbeverband

«Diese Initiative ist brandgefährlich. Weil sie widersprüchlich und unklar formuliert ist, sind die Folgen völlig offen. Ich stimme aus Überzeugung Nein!»

Nicht ganz 100, weil nicht durchdacht und falsch konstruiert:

Nur die Hälfte der Bevölkerung zahlt Bundessteuern und kann somit von einer Steuersenkung bei den Einkommen profitieren. Die Initiative macht keine Angaben dazu, was überhaupt besteuert wird. Damit kaufen wir die Katze im Sack.

Zu 100% schädlich, weil KMU frontal angegriffen werden:

Nachfolgeregelungen in Familien-KMU werden massiv erschwert. Damit setzt die Initiative die Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen fahrlässig aufs Spiel.

Zu 100% schädlich für 100% der Schweiz, weil sie damit Investitionen und Steuersubstrat verliert:

Besteuertes Kapital wandert ins Ausland ab und deshalb sinken die Steuereinnahmen in der Schweiz massiv. Zudem wird die Schweiz für Investoren unattraktiv. Viele verlieren und nur wenige gewinnen!



Kathrin Bertschy
Nationalrätin GLP/BE

«Ich befürworte Steuerrevisionen, welche Arbeit weniger belasten. Aber nicht so. Die Juso-Initiative ist populistisch und extrem, sie schafft eine Ungleichbesteuerung, ist ökonomisch nicht durchdacht und schädigt die Innovationskraft von KMU. Ich lehne sie darum ab.»



Diana Gutjahr
Nationalrätin SVP/TG

«Die Initiative trifft vor allem Familienunternehmen. Viele dieser Betriebe schütten Dividenden aus, um die Vermögenssteuern bezahlen zu können. Mit der Initiative müssten sie wegen höherer Steuern massiv mehr Dividenden ausschütten. Diese Mittel fehlen dann in den Betrieben für Investitionen.»



Daniela Schneeberger
Nationalrätin FDP/BL

«Es ist von zentraler Bedeutung, unsere KMU und Startups zu unterstützen. Die Initiative ist kontraproduktiv, da sie eine stärkere Steuerbelastung zur Folge hat und Nachfolgeregelungen verhindert.»



Am 26. September
Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern»



NEIN

100-prozent-schaedlich.ch



«80 Prozent der Bundessteuern werden von 10 Prozent der Steuerpflichtigen bezahlt, während 50 Prozent 2 Prozent beitragen. Noch mehr Umverteilung gefährdet den sozialen Zusammenhalt.»

Marianne Binder
Nationalrätin Die Mitte/AG



«Wer Arbeitsplätze schaffen will, braucht Kapital. Nur so sind Investitionen möglich. Kapital ist nichts Schlechtes, sondern die Grundlage jeder wirtschaftlichen Tätigkeit.»

Jacqueline de Quattro
Nationalrätin FDP/VD



«Unternehmer und Firmen handeln verantwortungsbewusst mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Wandern diese Unternehmen ab, verlieren die sozial Schwächsten am meisten. Die Schweiz wird mit der unsozialen 99%-Initiative all ihrer Stärken beraubt. NEIN zur 99%-Initiative!»

Monika Rügger
Nationalrätin SVP/OW



NICHT GANZ 100!

Zu 100% schädlich für 100% der Schweiz

Die «99%-Initiative» der Jungsozialisten ist **schludrig formuliert**. Im Initiativtext gibt es keine Angaben dazu, was überhaupt besteuert werden soll. Damit kaufen wir die Katze im Sack. Mit **klassenkämpferischer Rhetorik** wollen die Juso **Stimmung machen**. Faktum ist, dass **niemand von dieser Initiative profitiert: Sie ist zu 100 Prozent schädlich für 100 Prozent der Bevölkerung**.

Die extreme «99%-Initiative» schadet den Familienbetrieben

Die «99%-Initiative» stellt vor allem für Gewerbebetriebe und Familienunternehmen eine massive Gefahr dar: Die Konsequenzen einer neuen Kapitalgewinnsteuer und einer höheren Besteuerung von Kapitaleinkommen wären für viele Unternehmen existenzbedrohend. Die Initianten vergessen, dass weit über drei Viertel der Unternehmen in Familienbesitz sind.

Nachfolgeregelungen in Familienbetrieben sind bereits heute eine grosse Herausforderung. Bei einer solchen Nachfolgeregelung wird die oftmals über Jahrzehnte aufgebaute Firmensubstanz übertragen. Müssen die abtretenden Eigentümer aus dem Verkaufserlös noch höhere Steuern bezahlen, muss zusätzliches Geld aus dem Unternehmen genommen werden. Diese Mittel fehlen dann für Investitionen – und damit letztlich für die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Nachfolgeneration müsste sich zusätzlich verschulden. Dies schwächt die Unternehmen.

Die Initiative zerstört Wohlstand und bringt viele KMU in Schwierigkeiten

In der Schweiz sind 90% der Unternehmen Familienunternehmen. Ihnen drohen mit der «99%-Initiative» massive Mehrbelastungen. Wenn Kapitaleinkommen höher besteuert wird, führt dies zu einer Verknappung der verfügbaren finanziellen Mittel im Unternehmen. Ein massiver Kapitalabfluss wäre die Folge. Die Investitionsmöglichkeiten würden empfindlich eingeschränkt. Das hemmt Innovation und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wer meint, höhere Steuern hätten eine Entlastung für Geringverdiener zur Folge, irrt gefährlich. Im Gegenteil: Höhere Steuern bedeuten für Angestellte tiefere Löhne und für Kunden höhere Preise.

**Am 26. September
Volksinitiative «Löhne entlasten,
Kapital gerecht besteuern»**

NEIN

100-prozent-schaedlich.ch

Komitee der Schweizer Wirtschaft
«Nein zur 99%-Initiative»
c/o Schweizerischer Gewerbeverband
Schwarztorstrasse 26, Postfach, 3001 Bern

